Die Linke
Landesverband Sachsen-Anhalt

Solidarität lässt sich nicht verbieten!

Der Landesparteitag der Linken Sachsen-Anhalt erklärt seine Solidarität mit allen Genoss:innen und Aktivist:innen, die aufgrund ihres Engagements für die Rechte der Palästinenser:innen staatliche Repressionen erfahren. In den vergangenen Monaten kam es bundesweit zu Einschränkungen von Versammlungen, Veranstaltungsverboten, unverhältnismäßigen Eingriffen und strafrechtlichen Ermittlungen gegen palästinasolidarische Initiativen.

Zugleich sehen wir eine tendenzielle Eskalation bei polizeilichen Einsätzen gegen links geprägte Demonstrationen und Proteste: übermäßiger Einsatz von Zwangsmitteln, unverhältnismäßige Räumungen, Identitätsfeststellungen und eine latente Kriminalisierung von zivilgesellschaftlichem Protest. Diese Entwicklungen gefährden die Versammlungsfreiheit, die freie Meinungsäußerung und das Recht auf politische Betätigung.

Wir stellen klar: Demokratische Grundrechte gelten für alle – auch (und gerade) für diejenigen, die unbequem sind. Kritik an staatlicher oder internationaler Politik darf nicht zum Vorwand für Repressionen werden. Antisemitismus ist entschieden zu bekämpfen – ebenso entschieden müssen wir uns aber gegen die pauschale Diffamierung und strafrechtliche Verfolgung von solidarischem Engagement stellen.

Wir stellen klar: Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit sind unveräußerliche demokratische Grundrechte. Sie gelten auch dann, wenn Positionen unbequem sind oder nicht dem politischen Mainstream entsprechen. Wer diese Rechte einschränkt, schwächt die Demokratie insgesamt.

Als Linke stehen wir dafür ein, dass Kritik an der Politik der israelischen Regierung nicht pauschal als antisemitisch diffamiert werden darf. Antisemitismus ist entschieden zu bekämpfen – aber der berechtigte Einsatz für Menschenrechte und Völkerrecht darf nicht kriminalisiert werden.

Wir fordern deshalb:

- Ein Ende der pauschalen Diffamierungen und Repressionen gegen palästinasolidarische Aktivist:innen und Genoss:innen.
- Den Schutz und die uneingeschränkte Wahrung der demokratischen Grundrechte, insbesondere der Versammlungs- und Meinungsfreiheit.
- Einen offenen und respektvollen innerparteilichen wie öffentlichen Diskurs über Wege zu einer gerechten Friedenslösung im Nahen Osten, basierend auf Völkerrecht, Menschenrechten und Solidarität.

- Sofortige und unabhängige Aufklärung aller Fälle mutmaßlicher Polizeigewalt und unverhältnismäßiger Einsätze gegen linke Demonstrationen; klare Konsequenzen bei Fehlverhalten.

Die Demokratie lebt vom Streit der Meinungen. Repressionen und Verbote, die legitime Kritik am Handeln von Staaten delegitimieren sollen, schaden nicht nur den Betroffenen, sondern auch dem politischen Klima in unserem Land. Gerade wir als Linke haben die Aufgabe, uns gegen jede Einschränkung von Grundrechten zu stellen und für eine offene, solidarische Gesellschaft einzutreten.

Beschluss der 1. Tagung des 10. Landesparteitages der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt am 15. November 2025 in Leuna.
Der Antrag wurde bei einigen Enthaltungen beschlossen.